

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

Vorsitzender: Kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt 31, Durchführung einer Bürgerbefragung gem. §28 Abs. 3 KVG LSA und §19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal.

Es spricht Stadtrat Kirchbach.

Herr Stadtrat Kirchbach: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Beschlussvorschlag lautet; 1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Durchführung einer Bürgerbefragung gem. §28 Abs. 3 KVG LSA und §19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal. 2. Die Fragestellung dazu lautet, sind Sie der Auffassung, dass durch die Realisierung der geplanten Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal eintreten wird? 3. Die Fragestellung hat so zu erfolgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden können. 4 Die Befragung ist im schriftlichen Verfahren innerhalb von 4 Wochen durchzuführen. 5. Das Ergebnis der Bürgerbefragung ist im Amtsblatt unverzüglich öffentlich bekannt zu machen. 6. Nach der Bürgerbefragung entscheidet der Stadtrat erneut durch Beschlüsse, wie mit dem Ergebnis der Befragung umgegangen wird. Begründung: Die Ratsfraktion CDU/Landgemeinde vertritt die Auffassung, dass der Betrieb der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung (LAE) mit bis 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal in unsere dünn besiedelte Region eine Fehlentscheidung ist. Wir schätzen die Integrationskraft, die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement so ein, dass diese durch die Inbetriebnahme dieser großen Erstaufnahmeeinrichtung überfordert ist. Durch den geplanten Betrieb der Einrichtung sieht die Ratsfraktion CDU/Landgemeinde daher den sozialen Frieden in der Hansestadt Stendal als gefährdet. Wir sind aufgrund der zahlreichen an die Ratsfraktion gerichteten Fragen davon überzeugt, dass in der Bürgerschaft in Bezug auf die geplante Einrichtung viele Ängste und Vorbehalte existieren. Wir sind als Stadträte der Auffassung, dass wir diese Irritationen ernst nehmen müssen und darum ist es wichtig die Bürgerinnen und Bürger zu befragen und zu beteiligen. Das Ergebnis dieser Bürgerbefragung soll die Forderung der Hansestadt Stendal gegenüber der Landesregierung zur Wahrung des sozialen Frieden in der Hansestadt Stendal unterstützen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Stadtrat Dr. Wollmann

Herr Stadtrat Dr. Wollmann: Sehr geehrter Stadtratsvorstand, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, wir diskutieren hier ein Thema, das uns aktuell scheint, es aber eigentlich gar nicht ist. Aktuell ist lediglich die Idee eines im Landtag, nach meiner Ansicht, von einer seiner eigenen Leuten isolierten CDU-Politikers eine Bürgerbefragung herbeizuführen, die weder den unmittelbaren Wirkungskreis unserer Kommune behilft, noch praktische Konsequenzen hat. Damit ist diese Beschlussvorlage in meinen Augen illegal und am Ende lediglich eine Verschwendung von Steuergeldern. Aber es ist nicht mein Anliegen, den Antrag aus formalen Gründen in die Tonne zu kloppen. Dies würde von manchen politischen Gruppierungen dazu benutzt werden, mir oder uns vorzuwerfen bürgerferne Politik zu betreiben. Es käme reflexhaft der Vorwurf: „Typisch, dass die da oben das Volk nicht mitentscheiden lassen wollen.“ Allerdings wird den Bürgerinnen und Bürgern mit dieser Bürgerbefragung nur vorgegaukelt, sie könnten mit ihrer Stimmabgabe in dieser Angelegenheit irgendetwas bewirken. In Wirklichkeit wissen die Initiatoren dieser Beschlussvorlage, selber ganz genau, dass sie mit dieser Befragung nichts aber auch gar nichts können, was sie aber gewissendlich verschweigen. Schauen wir jetzt hier nochmal zurück an die Historie von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerbefragungen in Stendal. Wie viel fällt einem denn dazu ein, im Grunde genommen wenig, sehr wenig. Einen Bürgerentscheid gab es meines Wissens nach nur einen und der ging nicht auf eine Beschlussvorlage der CDU zurück. Bürgerbefragungen sind mir nur 2 bekannt. Die Befragung nach der Bezeichnung Hansestadt Stendal und die von den Linken und uns eingebrachte Befragung bezüglich des Parkens auf dem Sperlingsberg gerade dort, hat sich die CDU nicht gerade mit demokratischen Ruhm bekleckert. In der betreffenden Stadtratssitzung am 22.03.15 wurde die Bürgerbefragung von Herrn Güssau als unsinnig abgetan. Er warf uns sogar ein Missbrauch der Demokratie vor. Dementsprechend stimmte die Mehrheit der CDU-Fraktion damals gegen diese Bürgerbefragung. Schlimmer noch war oder unverständlicher war das Verhalten der CDU, dann nach dem Ergebnis dieser Befragung in der entsprechenden Stadtratssitzung am 12.10.15. Es wurde von einem Beitrag zur Verödung der Innenstadt gesprochen und das Ergebnis in seiner Relevanz in Frage gestellt. Und der Oberbürgermeister Herr Schmotz ließ es sich nicht nehmen, eifrig darauf hinzuweisen, dass eine Bürgerbefragung den Stadtrat nicht an das Ergebnis bindet. Am Ende beantragte die CDU-Fraktion beim Beschluss zur Umsetzung der Bürgerbefragung eine namentliche Abstimmung bei der sich 13 CDU-Mitglieder gegen die Konsequenz aus der Bürgerbefragung aussprachen und der OB sich

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

enthielt. So viel meine Damen und Herren zum Demokratieverständnis von Herrn Schmotz, Herrn Güssau und leider auch der von ihm geführten Fraktion. Fassen wir also zusammen, wenn es wirklich um Belange ging, die die Bürgerinnen und Bürger unserer Kommune mitentscheiden konnten und durften, hat sich die CDU-Stendal alles andere als eine Bürgernahevolkspartei geoutet. Im Gegenteil, sie haben ihren Bürgerwillen missachtet und ins lächerliche gezogen. Herr Güssau spielt seit seinem Amtsverzicht als Landtagspräsident in seiner Landtagsfraktion praktisch keine Rolle mehr. Wie zerschnitten das Tuch zwischen ihm und seinem Parteikollegen und Innenminister Stahlknecht tatsächlich ist, das konnte jeder erkennen, der die Informationsveranstaltung am 21.3 in der Katharinenkirche mit offenen Ohren und Augen verfolgt hat. Das Herr Güssau jetzt das Trugbild einen Volknahen kommunalen Politikers spielt, ist doch nur damit zu erklären, allen zu zeigen, welche Hausmacht er in seinem kleinen Stendaler Sprengel noch besitzt. Dies hier ist praktisch die letzte Bastion auf die er sich noch stützen kann. Er schielt also mit diesem Antrag primär und einzig und allein auf die Kommunalwahlen in einem Jahr und das ist meine Damen und Herren das eigentlich verwerfliche an dieser Angelegenheit. Dabei wäre es doch sein Job im Landtag von Sachsen-Anhalt gewesen, als Abgeordneter dies Wahlkreises von Anfang an, also ab Herbst 2015, immer und immer wieder auf die Probleme, die er im Zusammenhang mit der damals als Zast bezeichneten Einrichtung hinzuweisen. Aber lassen wir uns von den kleinen politischen Machenschaften einzelner nicht zu sehr von den eigentlichen Aufgaben und Problemen die mit der Zuwanderung von Flüchtlingen einhergehen ablenken. Niemand streitet ab, dass die Zuwanderung fremder ethnischer Gruppen mit unterschiedlichen Religionen zu Konflikten führt. Niemand streitet ab, dass Ansammlungen junger Männer, die keine vernünftige Aufgabe haben, ein hohes Gewaltpotential inne wohnt. Dies ist aber kein Ausländerproblem für sich, sondern ein allgemein gesellschaftliches und soziales. Erleben wir nicht fast an jedem Wochenende welches Gewaltpotential in deutschen Fußballstadien herrscht, wenn sogenannte Fangruppen, eindeutig Männer dominiert, aufeinander treffen. Ist es nicht erschreckend zu sehen, welches ein Polizeiaufgebot erforderlich ist, um dort Eskalationen zu verhindern. Aber meine Damen und Herren, würde deshalb jemand auf die Idee kommen, den Fußball zu verbieten? Genauso wenig würde es eine Lösung der Flüchtlingskrise geben, die dazu führt, dass keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland kommen. Diesen Tatsachen können wir uns auch in Stendal nicht verschließen. Auch die deutsche Provinz wird ein bisschen oder ein Stück weiter vielfältiger und bunter werden, manchmal aber auch schwieriger. Unter den richtigen Bedingungen könnte dies aber eine Bereicherung sein und keine Bedrohung. Wir müssen lernen zu akzeptieren, dass wir in einer Welt voller Unruhen, die sich nur wenige Flugstunden von uns entfernt abspielen, nicht weiterhin ungestört auf einer Insel der Glückseligen leben werden. Sicherlich ist ein unbegrenzter Zuzug gesellschaftlich nicht zu verkraften und unter gewissen Gesichtspunkten auch nicht legitim. Aber wir in Stendal, haben nicht grundsätzlich über die richtige oder falsche Flüchtlingspolitik zu entscheiden. Dafür haben wir unsere Bundestagsabgeordneten und unsere Regierung. Unsere Aufgabe ist es viel mehr sich konstruktiv mit den Realitäten vor Ort zu beschäftigen und in dieser Beziehung muss ich dem Landkreis und dem Landrat Wulffinger an der Spitze sowie die zuständigen Verwaltungen im Kreis und Stadt Respekt zollen. Wir mussten in unserer Region trotz einer Flüchtlingszahl die deutlich höher lag als es für Landeserstaufnahme geplant ist, keine Turnhallen schließen um Flüchtlinge unterzubringen. Wir konnten die Flüchtlingskinder in Kitas und Schulen einbringen und haben ohne großes Aufheben die medizinische Versorgung bewältigt, ohne dass die einheimische Bevölkerung darunter leiden musste. Zahlreiche kommunale Sportvereine und unzählige Ehrenamtliche und karitative Gruppierungen haben mit enormen Engagement dazu beigetragen, die Integration positiv zu begleiten. Diesen daran beteiligten Menschen, Gruppierungen, das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, sind wir zu großen Dank verpflichtet. Wir können also auf dem Aufbauen, was unsere Verwaltung und andere Einrichtungen schon längst geleistet haben. Somit ist die von Ihnen aufgeführte Begründung die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement durch die Inbetriebnahme dieser Erstaufnahme sei überfordert, allein schon durch die in Vergangenheit erbrachten Leistungen und Erfahrungen widerlegt. Mit dem Bau der LAE, in der Gardelegener Straße, können wir den Möringer Weg schließen. Wir werden keinen weiteren Zuzug von Flüchtlingen im Landkreis haben und die LAE wird keine Kapazität von, wie initial gemeint von 2000, sondern nur von 600 – 1000 Bewohnern haben. Dies und viele andere Punkte, die verstärkte Polizeipräsenz oder Fragen der allgemeinen medizinischen Versorgung die wir in einem Schreiben an den Innenminister formuliert haben, wurden uns öffentlich von Herrn Stahlknecht Punkt für Punkt zugesichert und ich habe möglicherweise im Gegensatz zu Ihnen Herr Güssau, kein Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Innenministers in diesen Punkten. Wir haben in der LAE also ein Zuzug von Asylsuchenden beraten, der deutlich unter dem liegt, was Landkreis und Stadt in der Vergangenheit schon bewältigt haben, ohne dass der soziale Frieden Nachhaltig gestört wurde. Lassen Sie mich zum Abschluss etwas sagen, was mir auch sehr am Herzen liegt. Bei all dem Für und Wider um die Flüchtlingsdebatte, bleiben nach meinem Eindruck die Menschlichkeit und das Einfühlungsvermögen immer mehr auf der Strecke. In die geplante LAE

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

sollen sogenannte vulnerable Personen aufgenommen werden. Was bedeutet das? Das sind Alleinreisende Frauen, Kinder und Behinderte. Also die Ärmsten der Armen, also die Menschen, die am meisten Schutz und Einfühlungsvermögen benötigen. Ihre Fraktion hat sich vor einer guten Stunde in vorbildlicher Weise für das Frauenhaus in Stendal eingesetzt. Sie setzen sich damit für diejenigen ein, die Willkür und Misshandlung ausgesetzt waren und unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft angemessene Hilfe benötigen. Sorgen Sie dafür, dass diese Fürsorge für alle Menschen gilt, die in Stendal Zuflucht suchen und Zuflucht gefunden haben. Arbeiten Sie bitte konstruktiv mit uns an der Bewältigung von Problemen die von Rechts geschnürt werden. Sagen Sie der Bevölkerung ehrlich, Herr Güssau, dass Sie genau wissen, dass sie nicht derjenige sind, der den Bau der Erstaufnahme am Gardelegener Weg oder Gardelegener Straße verhindern kann. Haben Sie den Mut, diese Beschlussvorlage zurückzuziehen? Allein damit täten Sie dem sozialen Frieden unserer Stadt den größten Gefallen. Danke für Ihre Geduld.

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Stadtrat. Herr Stadtrat Dahlke hatte sich gemeldet.

Herr Stadtrat Dahlke: Sehr geehrter Vorsitzender, wehrte Damen und Herren, wir behandeln heute hier den Antrag der CDU/Landgemeinden für eine Bürgerbefragung, indem die Bürger befragt werden, ob sie das Gefühl haben, dass der Bau der Landeserstaufnahmeeinrichtung den sozialen Frieden der Stadt stört. Danach soll der Stadtrat entscheiden nach Punkt 6, wie wir weiter durch Beschlüsse der Bürgerbefragung umgehen. Eine Einrichtung für bis zu 1000 Personen ist für Stendal schon enorm, das kann man nicht von der Hand abweisen. Es finden zwar gewisse Integrationsmaßnahmen statt, aber die Einwohner der Landeserstaufnahmeeinrichtung können sich im Gebiet Stadt Stendal frei bewegen. Allein deshalb können Maßnahmen zur Integration nicht auf die LAE beschränkt sein. Das Leben in unserer Stadt und unseren Dörfern findet eben nicht in der LAE statt. Es werden bis zu 1000 Personen ohne großen Sprach- und Kulturkenntnisse sich in der Stadt Stendal bewegen, ein großer Teil gehört dem Islam an und durch die vorhandene Moschee in Stendal Stadtsee werden sich diese Menschen auch im Stadtseegebiet aufhalten. Die Integration dieser Menschen erfordert daher ein nicht unerhebliches Maß an Integrationsarbeit in der Stadt selbst. Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, ist die Landesregierung auf die Hilfe der Einwohner dieser Stadt angewiesen. Es ist deshalb nicht ausreichend 30 Millionen Euro in den Bau und 8 Millionen Euro allein für den Unterhalt zur Verfügung zu stellen ohne die umgebene soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Man kann an dieser Stelle nach den Gefühlen der Bürger fragen, das zur Abstimmung bringen oder noch nach weiteren Monaten darüber diskutieren, was man da eigentlich machen kann und wie sich das am Ende in der Realität umsetzen lässt. Auch das ist die Krux mit diesem Antrag. Er beschäftigt sich viele Monate mit einer Momentaufnahme der Einschätzung der Bürger ohne konkrete Maßnahmen für die soziale Infrastruktur zu aktivieren, das ist mir persönlich zu dünn. Bis wir hier fertig sind, ist der Haushalt 2019 im Landtag beschlossene Sache, deshalb möchte ich Sie wehrte Kolleginnen und Kollegen informieren, dass ich meinen grünen Landesvorsitzenden Christian Franke ein Papier übergeben habe, dem er sehr positiv gegenüber stand will ich anmerken, indem ich die Landesregierung auch hier öffentlich auffordere, ein Sofortprogramm Stendal 2019 in den Haushalt 2019 einzustellen, unter anderem zwei folgende Punkte: 1. Einmalig 3 Millionen Euro zum Aufbau und Stärken der sozialen Infrastruktur. 2. 1 Millionen Euro jährlich um die geschaffenen Verbesserungen erhalten zu können. Damit sollen unter anderem folgende Punkte finanziert werden, Schaffung eines Kultur- und Freizeitzentrums in Stendal-Stadtsee, Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen, Förderung sozialer Vereine, Förderung von Sportvereinen, damit diese in der Breite integrativ wirken können, Ausbau der Personalstruktur des Ordnungsamtes, Schaffung und Ausbau von weiteren Jugendclubs in der Stadt und den Ortsteilen, Förderung kultureller Freizeitangebote und die Schaffung einer Ehrenamtskarte. Nennen Sie mich ungeduldig, aber ich habe keine Lust wichtige Zeit verstreichen zu lassen, wo es jetzt zu 100% feststeht, dass die LAE gebaut wird und lassen Sie uns damit so effektiv wie möglich umgehen. Ich bitte daher meine Kollegen, vor allem aus SPD und CDU, es mir da gleich zu tun und all Ihre Parteimitglieder in die Regierung heranzutreten und auch diese Forderungen bei Ihnen Nachdruck zu verleiten, dazu brauchen wir auch keinen Antrag extra im Stadtrat und wir müssen nicht extra auf eine Massenaufnahme der Bürgerbefragung warten und dann erst 2020 aktiv werden, sondern sollten sofort damit in den Gremien beginnen und wenn die Bundeskanzlerin sagt „Wir schaffen das“, dann sage ich, dann müssen Sie uns auch die finanziellen Mittel geben, damit wir das schaffen, vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Herr Stadtrat Röxe.

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

Herr Stadtrat Röxe: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU Fraktion stellt heute den Antrag die Bürgerinnen und Bürger zu befragen, ob sie der Auffassung sind, dass durch die Realisierung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Stendal eine Gefährdung des sozialen Friedens in unserer Stadt eintreten wird. Meine Antwort auf diese Frage ist ein eindeutiges Nein. Und Ihnen geht es auch gar nicht um eine Antwort der Bürger auf diese Frage, sie wollen mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 auf dem Rücken der Schwächsten auf populistische Art und Weise politische Vorteile bei Bürgern mit Vorbehalten gegen die Flüchtlingspolitik des Bundes und des Landes erzielen. Sie befördern damit die ohnehin vorhandenen Vorbehalte gegen Flüchtlinge und stellen sich gegen ihre eigene Bundes- und Landesregierung. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass sie Zustimmung für dieses Verfahren ausschließlich von der AfD und von den sogenannten besorgten Bürgern erhalten. Sie begründen ihren Antrag auch damit, dass das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement durch die Inbetriebnahme der Erstaufnahmeeinrichtung überfordert sein könnte. Dass gerade die CDU Fraktion zu solch einer Einschätzung kommt, verwundert mich schon. Wir haben von Ihrer Beteiligung bei der bisherigen Betreuung von Flüchtlingen in Stendal nicht viel wahrgenommen. Wir haben Signale von denen in unserer Stadt, die sich bisher aktiv beteiligt haben, dass eher das vorhandene Betreuungspotential in unserer Stadt zurzeit nicht ausgeschöpft wird.

Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe.

Herr Stadtrat Röxe: Unser Land braucht sicher ein großes Engagement aller gesellschaftlichen Kräfte um die Herausforderung im Zusammenhang mit der hohen Anzahl an Flüchtlingen zu bewältigen. Eine Bürgerbefragung, ob dadurch der soziale Frieden gefährdet wird, brauchen wir allerdings nicht. Wir fragen uns deshalb warum die CDU Fraktion zu diesem Zeitpunkt eine solche Befragung ins Spiel bringt. Verhindern wird eine solche Befragung, egal mit welchem Ergebnis sie ausgeht, die Erstaufnahmeeinrichtung nicht. Dies hätte Herr Güssau als Landtagsmitglied im Vorfeld der Entscheidung beeinflussen können. Dies hat er jedoch unterlassen. Ich unterstelle den Antragstellern und ihren Unterstützern, dass sie bewusst die nachvollziehbaren Ängste und Sorgen der Bürger für ihre parteipolitischen Ziele missbrauchen wollen. Neben den Kommunalwahlen wollen sie auch von dem Makel der Stendaler CDU durch die Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen 2014 ablenken. Nutzen Sie Ihr Potential lieber für die restlose Aufklärung aller Umstände um die Wahlfälschung und sagen Sie offen und ehrlich auch vor dem Untersuchungsausschuss, wer alles beteiligt war. Aber ich habe auch rechtliche Bedenken zu Ihrem Antrag. Die Fragestellung bezieht sich in Ihrem Antrag auf ein Gefühl der Bürger, zur Beeinträchtigung des sozialen Friedens in unserer Stadt. Und wie wir aus anderen Lebensbereichen wissen, ist das mit den Gefühlen so eine Sache. Wir sind grundsätzlich für eine breitere Beteiligung der Bürger an unseren Entscheidungen, auch durch Bürgerbefragungen, aber dann muss es sich konkret um eine Sachentscheidung handeln, für die der Stadtrat zuständig ist und die der Bürger mit einem klaren Ja oder Nein beantworten kann. Sie geben in Ihrem Antrag keine klaren Kriterien vor, wann in einer Stadt von einer Gefährdung des sozialen Friedens gesprochen werden kann. Welche Kriterien bestimmen eigentlich den sozialen Frieden in einer Gemeinschaft. Ist der soziale Frieden dann gefährdet, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass er gefährdet sein könnte oder erst dann, wenn marodierende Banden durch den Ort ziehen. Diese Antworten auf diese Fragen, überlassen Sie jedem Bürger selbst. Die Wissenschaft beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Fragestellung was den sozialen Frieden gefährden könnte. Antworten die sich auf einen Ort beziehen sucht man jedoch vergebens. In der Sozialwissenschaft wird davon ausgegangen, dass z.B. eine immer größer werdende Spaltung der Gesellschaft in Armen und Reichen den sozialen Frieden gefährden könnte. Ich habe vor einigen Tagen mit dem Oberbürgermeister von Halberstadt zum Thema einer Erstaufnahmeeinrichtung gesprochen. Halberstadt hat in etwa so viele Einwohner wie Stendal und auch dort befindet sich eine Erstaufnahmeeinrichtung seit Anfang der 90er Jahre. Allerdings waren dort zum Höhepunkt der Flüchtlingsaufnahme mehr als 4500 Flüchtlinge unter komplizierten Bedingungen untergebracht. Also mehr als 7-mal so viele Flüchtlinge wie sie für Stendal vorgesehen sind. Meine Frage ob es in Halberstadt zu Störungen des sozialen Friedens gekommen ist, beantwortete Andreas Henke, der Oberbürgermeister mit einem klaren Nein. Natürlich gab es auch in Halberstadt Anlaufprobleme und auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsaufnahme auch Kriminalitätsdelikte durch Flüchtlinge. Aber nach kurzer Zeit hatte sich die Polizei und die anderen Sicherheitskräfte auf diese Situation eingestellt. Von diesen Erfahrungen aus Halberstadt werden auch wir in Stendal profitieren. Herr Henke wies daraufhin, dass insbesondere die kirchlichen Institutionen und andere Hilfsorganisationen zum Gelingen der Erstaufnahmeeinrichtungen beigetragen haben. Die CDU Stendal hat wohl eine andere Auffassung vom christlichen Auftrag der Nächstenliebe und Hilfe für besonders Bedürftige. Sie schüren Ängste und Vorbehalte gegen Flüchtlinge und erwecken den Eindruck als ob eine solche Befragung etwas an der Erstaufnahmeeinrichtung ändern würde. Auch in der Gemeinde Kletz befindet sich seit einiger Zeit

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

eine Erstaufnahmeeinrichtung. Dort waren zeitweise bis zu 700 Flüchtlinge untergebracht. Nahezu so viele Flüchtlinge wie die Gemeinde Einwohner hat. Fragen Sie den Bürgermeister dieser Gemeinde. Von einer Störung des sozialen Friedens war zu keinem Zeitpunkt etwas zu spüren nach seinen Aussagen. Ich rufe Sie daher auf Ihren Antrag zurück zu ziehen, er nützt niemanden und schadet dem Ansehen unserer Stadt. Ich kann mir vorstellen, dass es auch in der CDU Fraktion realistische Stimmen gibt, die erkennen, dass dieser Antrag auch gegen die CDU Politik des Landes gerichtet ist. Auf die Frage was der Innenminister von einer solchen Bürgerbefragung hält, hat er ja viel Sagendes geantwortet in seinem Interview, nämlich nichts. Anstatt die Bürger mit imaginären Fragestellungen zu verunsichern und Vorbehalte gegen Flüchtlinge zu schüren, beteiligen Sie sich lieber bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Betreuung und Unterstützung der Flüchtlinge unserer Stadt. Der im Jahr 2015 begonnene Bürgerdialog sollte deshalb wieder aufgenommen werden. Über die den Landrat und den OB vorliegenden Informationen im Zusammenhang mit der Erstaufnahmeeinrichtung, sollten die Bürger aber auch der Stadtrat zeitnah informiert werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Stadtrat Dr. Wollenberg

Herr Stadtrat Dr. Wollenburg: Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträte, liebe Gäste, ich habe schon als die Idee hier zum ersten Mal verkündet wurde, meine Empörung geäußert. Ich will das hier nicht noch tun, ich werde nur auf jeden Fall gegen diesen Antrag stimmen. Ich will Herrn Abgeordneten Güssau nur noch mal etwas mit auf den Weg geben. Die Empfehlung seinen Antrag zurück zu ziehen finde ich sehr gut und ich glaube Sie hätten eine gute Chance als unser einziger Abgeordneter im Landtag sich dafür einzusetzen was die Unruhe, die natürlich besteht in der Bevölkerung, die Sie ja nur noch durch Ihre Verkündung untermauert haben und gefördert haben, dass Sie eigentlich als unser Abgeordneter aus dem Bereich Stendal die Möglichkeit haben dagegen etwas zu tun, diese Unruhe zu beseitigen, möglichst alles zu tun, damit diese Aufnahme von Flüchtlingen hier in Stendal so gut wie möglich organisiert wird. Das ist Ihre Aufgabe. Diese Befragung, die Sie durchführen wollen, die ist völlig sinnlos, sie wird ein Ergebnis bringen, dass man jetzt bei den Leuten schon hören kann, weil sie unkonkret ist und eigentlich nicht auf den Sinn der ganzen Sache eingeht. Sie erinnert mich nochmal, und das habe ich damals schon gesagt, wenn man die Wahl jetzt in Ungarn gesehen hat, das Beste und Einfachste ist natürlich alles dicht zu machen und keinen reinlassen, dann ist die Sache erledigt, aber ich glaube das kann nicht unser Verhalten sein. Ich bitte Sie Abgeordnete, stimmen Sie gegen diesen Antrag.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Stadtrat Güssau

Herr Stadtrat Güssau: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, sehr geehrter Oberbürgermeister. Die Wahrheit ist konkret. Damit der Ehrlichkeit und Wahrheit in der Beratung und der Aussprache hier im Stadtrat genüge getan wird, werde ich mich zunächst bemühen die Fakten nüchtern vorzutragen. Eine LAE, die Abkürzung, wir haben es mehrmals gehört, für Landesaufnahmeeinrichtung. Eine LAE in Stendal kam ins Gespräch, seit hoher Zugangszahlen von Asylsuchenden 2015/2016 im Raum stand. Das Kabinett des Landes, ich möchte das nochmal genau beziffern wer das ist, das sind die Ministerinnen und Minister der Landesregierung, sie bilden die Landesregierung und sie bilden das Kabinett. Das Kabinett hat damals dazu beraten und am 19. Juli 2016 habe ich aus diesen Gründen und Herr Dr. Wollenberg, jetzt komm ich darauf auf meine Arbeit als Abgeordneter zurück, einen persönlichen Brief an den Ministerpräsidenten Reiner Haseloff geschrieben, mit der Bitte ich zitiere: „Der Notwendigkeit der LAE in Stendal noch einmal zu überprüfen und neu einschätzen zu lassen.“ Er antwortete mir darauf damals am 18. August 2016. Weiter zu den Fakten, im November 2016 nahm die Landesregierung eine Kabinettsvorlage mit dem Titel „Unterbringung von Schutzsuchenden im Land Sachsen-Anhalt“ zur Kenntnis. Eine finanzielle Umsetzung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen. Man ging damals noch lange davon aus, dass der Bund den gesamten Umbau vollständig bezahlen würde. Erst mit der Beratung der Kabinettsvorlage vom 4. Januar 2018 mit dem Titel „Aufbau einer LAE für Asylsuchende in Stendal“ wurde das Konzept durch die verantwortliche Landesregierung scharf geschaltet. Wenige Tage später habe ich meine Fraktionskollegen mit einem Sachstand schriftlich darüber berichtet. Ich habe mich in Fraktionssitzungen in Magdeburg auch ständig zu diesem Thema LAE geäußert und habe mich nicht mit meiner Meinung zurückgehalten. Das Unterbringungskonzept wurde dem Landtag von Sachsen-Anhalt der legislativen Staatsgewalt nicht zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Es gab also keine Einbeziehung und Mitbestimmung für mich als Mitglied des Landtages für dieses Unterbringungskonzept. Ich möchte an dieser Stelle mit meinen Ausführungen einer Legendenbildung vorbeugen. Im heutigen Unterbringungskonzept der Landesregierung stellt die LAE Stendal einen wesentlichen Bestandteil dar. Die Inbetriebnahme der LAE Stendal war zunächst im alten Konzept für das 2. Halbjahr 2018 geplant. Sie kann aufgrund von eingetretenen Verzögerung wegen der Klärung

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

der anteiligen Finanzierung zwischen Bund und Land aber erst voraussichtlich 2020 erfolgen. Die Kosten für den Ausbau und die Herrichtung der Gebäude nach den Anforderungen für die Unterbringung von Asylbewerbern werden nicht vollständig durch den Bund erstattet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 29 Millionen Euro. Der Bund trägt ein Gesamtbetrag von knapp etwa 21 Millionen Euro. Der Kostenanteil für das Land Sachsen-Anhalt beträgt ca. 8 Millionen Euro. Dazu kommen jährliche fortlaufende Betriebskosten von etwa 13 Millionen Euro und nicht 8 wie Sie anmerken Herr Abgeordneter. Das sind etwas mehr, die man dort bei den Sachen der Betriebskosten eingestellt hat. Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Präzedenzfall Sachsen-Anhalts, denn bei dem Projekt wird im erheblichen Umfang Landesmittel in ein fremdes hier im Bund gehörendes Objekt investiert. Nach dem Asylgesetz sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung von Asylbegehrenden die erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Sie werden nach einer Aufnahmequote in Deutschland verteilt. Die Unterbringung von Verwundbaren, sogenannte vulnerable Personengruppen, die sich überwiegend aus Alleinreisenden Frauen, Frauen mit minderjährigen Kindern und Familien mit minderjährigen Kindern und Behinderten zusammensetzen, soll nach Versicherung der Landesregierung in Stendal umgesetzt werden. Die LAE Stendal soll zu gleich darauf ausgerichtet werden, im Bedarfsfall die Aufgaben der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt z.B. wegen des Ausbruchs einer ansteckenden Krankheit oder aus anderen nicht vorhersehbaren Gründen vorübergehend geschlossen werden muss. In Stendal wird damit die Nebenstelle zum Hauptstandort der ZASt Halberstadt eingerichtet. Der Betrieb soll auf Dauer ausgerichtet sein. Der Unterbringungsbedarf für alle ankommenden Asylsucher in Sachsen-Anhalt soll zukünftig nur über die beiden Standorte Halberstadt und Stendal abgedeckt werden. Der Betrieb der weiteren Standorte im Land soll deshalb sukzessive eingestellt werden. Meine wehrten Damen und Herren, wie Sie der Faktenlage entnehmen können, sind die Auswirkungen auf eine Kommune in der eine Erstaufnahmeeinrichtung gebaut werden soll sehr vielfältig, denken Sie bitte an die Kapazität und den Zugang zu kommunalen öffentlichen Einrichtungen, denken Sie auch an das gemeindliche Leben und den öffentlichen Personennahverkehr. Jede Erstaufnahmeeinrichtung hat immer Auswirkungen auf die gemeindlichen Strukturen und das kommunale Leben. Diese Auswirkungen halten sich vielleicht in einer Großstadt wie Magdeburg oder Halle im Gegensatz zu einem Grund- oder Mittelzentrum aufgrund der schlichtweg größeren kommunalen Kapazitäten eher in Grenzen. Sie werden aber nirgendwo in Deutschland eine Erstaufnahmeeinrichtung finden die gänzlich losgekoppelt vom kommunalen Leben läuft. Und zur Wahrheit gehört es auch, dass die erst neu zu uns gekommenen Menschen auch von vielfältigen Problemen begleitet werden. Denken wir auch an die Menschen, die aufgrund ihrer bisherigen Sozialisierung mit dem Leben in der aufnehmenden freien Gesellschaft schlichtweg überfordert sind. Denken wir etwa an ansteckende Krankheiten, die Menschen aus Ländern in denen die Gesundheitsvorsorge nicht so gut ist wie in Deutschland mitbringen können, es können wie die Landesregierung vorgetragen hat auch Quarantänesituationen eintreten. Denken Sie auch bitte an traumatische Erfahrungen, die die Menschen auf ihrer Flucht erfahren mussten und die sie nicht so einfach abschließen können. Und denken Sie auch bitte daran, dass diejenigen die am längsten in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben, auch diejenigen sind, deren Asylantrag abgelehnt wird. Und dann sind diese Menschen von der Erstaufnahmeeinrichtung aus abzuschieben. Ich habe meine Zweifel, dass jede ausreisepflichtige Person auch tatsächlich freiwillig ausreisen wird. Es wird also diese Einrichtung täglich für zwangsweise Durchsetzung von Abschiebungen kommen, das sind zum Teil menschliche Tragödien, die sich nicht auf dem Mikrokosmos einer LAE beschränken werden. Wir dürfen die Probleme mit der Unterbringung und Integration von Ausländern in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht tabuisieren. Es gibt eben, und dafür dürfen wir nicht die Augen verschließen, auch Fälle von Kriminalität und Gewalt durch Flüchtlinge, es gibt Konflikte und Reibungen von den kleinen Rücksichtslosigkeiten bis hin zur Prügelei. Ich finde, wer die alltäglichen Probleme der Integration benennt, der sollte nicht öffentlich dafür kritisiert werden. Das ist ein direktes Zitat vom Bundespräsident Steinmeier. Und ein weiteres Zitat, wenn eben eine Millionen Menschen zu uns kommen, sind nicht alle nur nett. Das ist das Zitat von Frau Nahles. Ich kann mir auch beim besten Willen nicht vorstellen, dass sich eine Einrichtung dieser Dimension in keiner Weise auf die öffentliche Sicherheit im Umfeld der Einrichtung und sich damit auch nicht auf die Lebensqualität der Stendaler Menschen auswirkt. Wer dies behauptet, der verschließt die Augen der Lebenswirklichkeit. Sicherlich können vieler dieser Probleme zum Beispiel durch eine verstärkte Polizeipräsenz und Polizeiarbeit in Grenzen gehalten werden. Es ist aber ganz sicher der falsche Weg zu glauben, dass diese Probleme allein durch bürgerschaftliches Engagement, soziale Netzwerke und interkulturelle Angebote begegnet werden kann. Wir werden uns jedenfalls nicht dafür einsetzen, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dahingehend zu bevormunden. Viel mehr verstehen wir unser kommunales Mandat als Aufgabe sich gegenüber dem Land für die Interessen der Bürgerschaft einzusetzen. Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger ist es zunächst in Erfahrung zu bringen, was die Bürgerschaft über bestimmte Vorgänge in der Kommune denkt und wie sie dazu stehen. Die Instrumente hierfür gibt uns das Kommunalverfassungsgesetz vor

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

und ein Instrument für die Absicherung der Willensbildung und Entscheidungsfindung durch den Stadtrat ist eben auch die Bürgerbefragung von der wir durch den vorliegenden Antrag Gebrauch machen möchten. Was ist denn bitte falsch daran, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen, ob ihrer Meinung nach mit der Realisierung der Erstaufnahmeeinrichtung eine Gefährdung des sozialen Friedens in Stendal eintreten wird. Die Beantwortung dieser Frage durch die Bürgerinnen und Bürger wird uns jedenfalls hilfreich sein, eine starke Stimme und Legitimation zur Kommunikation unserer Forderung gegenüber dem Land zu finden. Die Ratsfraktion CDU/Landgemeinden versteht und unterstützt das grundsätzliche Landesinteresse, den Betrieb von Erstaufnahmeeinrichtungen im Land effektiv zu führen und so eine sachgerechte Betreuung und Unterbringung der Schutzbedürftigen gewährleisten zu können. Es ist keine Frage des „ob“, sondern des „wie“. Wie wird die konkrete Umsetzung aussehen, welche besonderen Kompensationen muss eine erstaufnehmende Kommune erhalten, damit sie nicht an die Grenzen ihrer kommunalen Leistungsfähigkeit geführt wird und sie den vielfältigen Problemlagen begegnen kann. Zum Schluss, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass durch die derzeitige Planung die Integrationskraft, die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement überfordert werden und damit eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Kommune einhergeht, dann sehe ich eine Pflicht des Landes bei der Planung im Sinne der kommunalen Belange konkret und rechtlich verbindlich nachzubessern. Und das ist ja zu einem kleinen Teil bereits geschehen, ich erinnere in diesem Zusammenhang an die erste Informationsveranstaltung der Landesregierung in der Katharinenkirche, wo es Versprechen der Landesregierung gab, aber ich kann dort am Ende des Tages auch nichts einklagen. Wir brauchen rechtlich verbindliche Absprachen. Ich beantrage namens der Fraktion namentliche Abstimmung zu diesem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben und aktuell wollt ich Ihnen nochmal sagen, Sie sprechen immer davon, als wenn alles hundertprozentig in Sack und Tüten ist, als wenn das alles klar ist und niemand kann mir ja etwas daran ändern oder das ist ja alles vorgestimmt und da können wir hier alles nichts machen. Ich sage Ihnen noch vor der Sommerpause will die Bundesregierung die Eckpunkte eines sogenannten Masterplans für Migration im Bundeskabinett voreinbringen. Ein zentraler Bestandteil sind die bereits im Koalitionsvertrag festgehaltenen sogenannten Ankerzentren, in denen Asylbewerber von der Ankunft über die Entscheidung bis hin zur Rückführung bleiben sollen. Das ist politisch stark umstritten dieses Thema, und ob man da den richtigen Weg geht, da gibt's unterschiedliche Meinungen zu dieses Ankerzentren, aber man will in diesem Jahr 5 Pilotprojekte installieren und jetzt, man plant insgesamt am Ende 25 solche Ankerzentren in den 16 Bundesländern in Deutschland einzurichten. Und dabei ist auch zufällig der Namen Gießen gefallen, daraufhin erklärte die Gießener Oberbürgermeister Dietlind Grabe Bolz SPD, allein als sie gehört hat, dass ein Ankerzentrum dort hinkommen könnte, ich zitiere „Diese Pläne wären auch auf unseren erbitterten Widerstand gestoßen, wir sind als Stadt nicht bereit, unsere Tradition als weltoffene Stadt und unseren sozialen Friedens zu opfern“- Dietlind Grabe Bolz SPD. Was wir hier machen, ist als Fraktion ein Antrag einzubringen, damit wir unsere Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ich bin seit 1999 hier im Stadtrat und ich habe noch nie zu irgendeinem Thema im Stadtrat so viel Anfragen und Anregungen erhalten und Gespräche führen müssen, ich werde angerufen, mein Büro wird gestürmt. Es ist das Thema was die Bürger in Stendal bewegt. Und wir als Stadträte sind gewählte Stadträte und wir wollen eine Bürgerbefragung, die haben wir ordentlich eingereicht, deshalb hat das Kollege Kirchbach auch nochmal vorgelesen, dass wir einen ordentlichen Antrag eingereicht haben und der hat hier nichts mit rechter Hetze oder solchen Dingen zu tun. Und ich wehre mich immer vor diesen persönlichen Beleidigungen Herr Dr. Wollmann. Ich sage es Ihnen jetzt mal persönlich, gewöhnen Sie sich mal auch im politischen Umgang ein anderen Ton an, was Sie hier beleidigend, auch gegenüber meiner Person vorbringen ist grenzwertig. Das können Sie so nicht tun, Sie sind vielleicht noch ein junger Fraktionsvorsitzender, aber es gibt so ein paar Spielregeln, da hält man sich dran, das ist unter der Gürtellinie was Sie hier manchmal vortragen. Und deshalb, das war mir auch mal ein Bedürfnis Ihnen das am Pult zu sagen, bin ich dafür, dass wir unsere Bürger nicht bevormunden, sondern einbinden, damit wir gegenüber Magdeburg dort auftreten. Ein Satz noch als Abgeordneter, dann haben Sie meine Aufgabe als Abgeordneter nicht verstanden, ich bin als Mitglied des Landtages nicht dazu da eine Landesregierung zu beklatschen, sondern ich habe eine Landesregierung zu kontrollieren und das mach ich, das mach ich mit offenem Visier, mit klaren Worten und nicht mit Beleidigungen.

Vorsitzender: Danke.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann: Jetzt möchte ich kurz dazwischen, ganz kurz [...]

Vorsitzender: Herr Dr. Wollmann, nur ich erteile das Wort, Sie können gerne sprechen, aber lassen Sie mich bitte Ihnen das Wort erteilen. Jetzt Bitte.

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

Herr Stadtrat Dr. Wollmann: Also was diesen Vorwurf angeht, der persönlichen Beleidigung, ich wollte es eigentlich ja nicht auf dieses Niveau hinunterbrechen, aber viele von uns kennen bestimmte WhatsApp Nachrichten die hier hin und her gegangen sind, in CDU Kreisen und wie Sie mich da bezeichnet haben, war auch nicht gerade ehrenrührig.

Vorsitzender: Herr Dr. Faber hatte sich gemeldet.

Herr Stadtrat Dr. Faber: Ja meine Damen und Herren, wir reden heute wieder über die Landesaufnahmeeinrichtung und ich hab das Gefühl, dass wir da über unterschiedliche Fragen reden. Ich hab zu einem das Gefühl, dass wir über die Fragen reden, ob die Landesaufnahmeeinrichtung eine Fehlentscheidung des Landes Sachsen-Anhalt ist oder nicht. Bei der Frage sage ich Ja, die Landesaufnahmeeinrichtung ist eine Fehlentscheidung. Da gibt es verschiedenste Gründe, die kostet 30 Millionen Euro, 13 Millionen Euro pro Jahr für bis zu 1000 Plätze die wir nicht brauchen. Wer sich mal die Strukturen in Stendal anguckt, muss nur beim Wohnungsmarkt anfangen. Wurde schon viel genannt, haben wir ganz andere Möglichkeiten diese Leute unterzubringen und zwar auch wesentlich dezentraler, wesentlich besser integriert in die Stadt Stendal. Über diese Frage glaube ich, könnten wir hier schnell Einigkeit erzielen und das ist auch der Knackpunkt an der Sache, Sie suggerieren mit dem Antrag, dass wir über diese Frage reden würden, ob wir diese Landesaufnahmeeinrichtung hier wollen oder nicht, das ist aber nicht der Fall. Das Land Sachsen-Anhalt hat entschieden, wo in Sachsen-Anhalt eine solche Landesaufnahmeeinrichtung hinkommt, nämlich an den Rand von Stendal. Und niemand hier im Raum und alle Stendaler gemeinsam werden das nicht aufhalten können. Und der Punkt ist, dass Sie hier suggerieren, wir könnten das aufhalten. Dann würde ich einfach mal jeden bitten, mal in dies Gelände rauszufahren. Die Bagger sind dort unterwegs und zwar nicht erst seit gestern. Dort wird gebaut. Es ist eine völlige Illusion, wie viele Bürgerbefragungen wir hier auch machen wollen, dass wir daran etwas ändern könnten. Und deswegen möchte ich gerne zu der hier gestellten Frage kommen, zum sozialen Frieden. Beschäftigen oder gehen Sie doch mal in die Polizeidirektion in Stendal, ich war da ja dieses Jahr schon und ich hab mal dort mit dem Chef dort gesprochen, wie sich seit 2015 die Kriminalitätszahlen in Stendal entwickelt haben. Der wird Ihnen berichten, dass sie sich eigentlich für ihn gut nämlich sehr entspannt entwickelt haben, dass in vielen Bereichen, Gewaltdelikte, die Zahlen runtergegangen sind. Und das obwohl wir in Stendal nun viele Flüchtlinge willkommen heißen haben. Es gibt nur einen Bereich in denen die Zahlen hochgegangen sind, das ist die Drogenkriminalität und das hat damit zu tun, dass man vom Dunkelfeld viel im Hellfeld gezogen hat, durch verschärfte Kontrollen die ich auch für absolut richtig halte. Aber das was Sie hier mit der Gefährdung des sozialen Friedens mutmaßlich ansprechen, das hat es in den letzten 3 Jahren, wenn man sich die Zahlen anguckt, nicht gegeben. Und jetzt reden wir davon, dass wir in den letzten 3 Jahren unbegleitete, einzelne Männer hatten, die wie hier auch schon angesprochen, wenn sie nichts zu tun haben, wenn sie nicht beschäftigt werden, sicherlich auch mal auf dumme Ideen kommen. Wir reden jetzt hier davon, dass wir eine Landeserstaufnahmeeinrichtung haben, in der vor allem Frauen, Kinder, alleinerziehende Frauen und Behinderte untergebracht werden. Jetzt soll mir mal einer erklären, wie die ein höheres Risiko, in kleinerer Zahl, ein höheres Risiko für den sozialen Frieden darstellen können, als wir das in den letzten 3 Jahren so erfolgreich bewältigt haben. Deswegen sage ich, diese Frage die Sie hier stellen ist die falsche. Sie ist inhaltlich falsch. Sie wird zur falschen Zeit gestellt, das haben Sie selber dargelegt und sie wird auch am falschen Ort gestellt. Wir können uns als Stadträte im Kreis drehen, Ja, Nein, Enthaltung stimmen, wir können an dieser Entscheidung des Landes Sachsen-Anhalt nur nichts ändern. Und ein letzter Punkt ist, dieser Antrag ist auch inhaltlich falsch. Sie beschäftigen sich hier, mit § 28, das ist der eigene Wirkungskreis der Stadt Stendal. Wir haben es hier mit einer Immobilie zu tun, die sich im Bundesbesitz befindet, einer Entscheidungskompetenz des Landes Sachsen-Anhalt. Dass der Stadtrat bisher nicht damit befasst war, hat zur Ursache, dass er hier keinerlei Befassungsaufgabe hat. Deswegen werden wir unabhängig davon, was hier heute entscheiden, wenn wir diesem Antrag zustimmen, wäre der Bürgermeister verpflichtet, zur Kommunalaufsicht zu gehen und zu sagen, dass er hier Veto einlegen muss, weil es nicht der eigene Wirkungskreis ist. Wenn wir ihn ablehnen und sie Unterschriften sammeln, dann müsste er auch wenn die Unterschriften zusammenkommen zur Kommunalaufsicht gehen. Diese Bürgerbefragung betrifft nicht den eigenen Wirkungskreis der Stadt Stendal. So sehr wie wir uns das auch wünschen mögen und dementsprechend ist die leider unzulässig. Dankeschön.

Vorsitzender: Herr Stadtrat Röxe.

Herr Stadtrat Röxe: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe während des Beitrages von Herrn Güssau mehrfach mit mir gerungen, ob ich nicht ein Geschäftsordnungsantrag stellen müsste, weil 80% des Beitrages von Herrn Güssau nicht zum Themenkreis gehört, die die Stadt zu verantworten hat. Sie haben von der Entwicklung der Landeserstaufnahmeeinrichtung gesprochen, den Entscheidungen wie oft auf Landesebene getroffen

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

wurde, bis hin zu Ankerzentren die sich bisher nur in den Köpfen einiger Politiker abspielen. Das hat alles nichts mit unserem Wirkungskreis zu tun und ist vom § 28 Kommunalverfassungsgesetz nicht gedeckt. Ich habe trotzdem darauf verzichtet, hier Einspruch einzulegen, aber ich möchte Sie daran erinnern, wir sollen uns mit Dingen beschäftigen im Stadtrat für die wir zuständig sind. Die Entscheidung ob so eine Einrichtung gebaut wird oder entsteht, gehört nicht dazu, geschweige denn von Ankerzentren. Das war also für mich Veranlassung ernsthaft darüber nachzudenken, ob das wirklich der Fall ist, dass wir hier unseren Zuständigkeitsbereich verlassen. Ich bitte Sie wirklich ernsthaft, die Argumente die hier vorgetragen wurden und sich mit dem Antrag befasst haben, nämlich mit den Vergleichen aus den Kommunen, ich weiß zum Beispiel auch dass der Oberbürgermeister Schmotz mit dem Oberbürgermeister Henke gesprochen hat am Rande einer Veranstaltung und hat dort Informationen eingeholt. Die werden sicherlich in seine Entscheidung zu Ihrem Antrag einfließen. Hoff ich jedenfalls. Danke.

Vorsitzender: Danke. Frau Zimmermann.

Frau Stadträtin Zimmermann: Wie viele andere war ich auch Teilnehmer der Informationsveranstaltung und ich muss sagen, also das was da vom Innenminister gesagt wurde, war eindeutig gewesen und da brauch man auch nicht mehr drüber diskutieren, ob hier etwas hinkommt. Die Frage die sich entsprechend noch bei mir aufgetan hat, wenn ich Ihren Ausführungen gefolgt bin Herr Güssau, Sie sprachen davon „Wir müssen gegen Magdeburg, wir müssen, wir müssen dagegen in Magdeburg tätig werden und so weiter und sofort.“ Ich habe das Gefühl wir sind in der Regierung und Sie sind in der Opposition als Partei, also das hat mich jetzt etwas irritiert. (kurze Unterbrechung) Lassen Sie mich bitte ausreden, Sie können ja dann wieder entsprechend antworten. Das gehört sich eigentlich nicht, dass Sie so dazwischen reden, auch das gehört zur Höflichkeit untereinander. Also das ist mir aufgefallen, das muss ich sagen, das hat mich etwas irritiert, weil ich denke wir sollten jetzt vertrauensvoll mit der Regierung zusammenarbeiten und überlegen gemeinsam mit ihnen und da sollten wir auch als verschiedene Fraktionen mit auftreten und sagen das ist wichtig für uns, denn wir kennen auch die Situation und ich kann seit vielen Jahren, ich bin seit 94 im Stadtrat, ich weiß wie lange da ehrenamtliche aber auch hauptamtliche tätig waren. Ich denke an Frau Stephan, die sich da immer eingesetzt hat. Ich denke an viele andere, die sich eingesetzt haben, die gemeinsam mit Flüchtlingen gearbeitet haben und ich will Ihnen einfach nochmal was anderes sagen, wahrscheinlich brauchten Sie nie Ihren Heimatort zu verlassen. Das macht keiner einfach nur Jux und Tollerei, da muss es irgendwelche Gründe geben und Menschen sind, egal in welchem Land Sie sind, gibt es immer welche die sind vernünftig und es gibt auch welche die sind nicht vernünftig und für alle gilt gleiches Recht und das möchte ich auch einfordern und alles andere ist einfach nur ne Show die hier abgezogen wird und an dieser Show möchte ich mich nicht beteiligen, also ich bin sehr entsetzt über das was Sie hier jetzt gesagt haben. Danke.

Vorsitzender: Danke. Herr Dr. Wollmann

Herr Stadtrat Dr. Wollmann: Sehr geehrte Damen und Herren, bloß nochmal ne Info, der Oberbürgermeister ist ja auch ebend angesprochen von Herrn Kollegen Faber, vielleicht meldet sich Herrn Schmotz auch nochmal zu Wort als Stadtoberhaupt vielleicht mal ganz unabhängig von Parteizugehörigkeit. Ich habe in der vorherigen Woche eine Anfrage gemacht in Bezug auf die Zulässigkeit der Frage, ich bin ja auch in meiner Rede drauf eingegangen, auf die Frage, ob die Kommunalaufsicht nicht diesen Vorgang prüfen sollte. Da kam dann ein Schreiben zurück, ich glaube vorgestern, ja der Oberbürgermeister sieht es nicht für sinnvoll oder erforderlich an, die Kommunalaufsicht zu befragen. Das ist der Stand der Dinge in Bezug auf Legitimität dieses Antrages, ich habe ja selber gesagt, ich will ihn jetzt nicht aus formalen Gründen ablehnen, ich will ihn aus politischen Gründen ablehnen, aber es wäre eigentlich auch Aufgabe falls sogar des Stadtratsvorstandes gewesen zumindest des Oberbürgermeisters in so einer heiklen Frage eine Prüfung durch die Kommunalaufsicht zu veranlassen. Danke.

Vorsitzender: Danke. Herr Stadtrat Glewwe.

Herr Stadtrat Glewwe: Sehr geehrte Damen und Herren, ich schließe mal alle ein damit Sie auch Zeit sparen. Bei mir wird's auch ganz kurz sein, weil ich zwei Punkte hatte. Ein Punkt hat Herr Faber hervorragend rausgearbeitet und der zweite Punkt ist eigentlich der, da schließ ich noch drauf an was Herr Dr. Wollmann ebend gesagt hat. In der letzten Sitzung habe ich eine Frage gestellt und Sie können gerne nochmal das Protokoll aufschlagen, dann können Sie den letzten Satz sehen vom nicht öffentlichen Teil, dass Herr Glewwe den Oberbürgermeister gefragt hat, ob der Antrag der CDU-Fraktion mit ihm als Oberbürgermeister oder mit der Spitze der Verwaltung abgestimmt war, daraus

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

würden sich noch viel weitere Fragen ergeben, aber die Frage wurde nicht beantwortet und das ist mir bisher eigentlich noch nicht passiert und ich hab's hier auch in keinem anderen Fall festgestellt zumindest in den 24 Jahren wo ich hier Stadtrat bin. Danke.

Vorsitzender: Danke. Gibt es weiteren Redebedarf? Herr Stadtrat Schirmer.

Herr Stadtrat Schirmer: Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, die Argumente sind ausgetauscht, aber ich möchte trotzdem, obwohl ich mir viel mehr aufgeschrieben habe kurz was dazu sagen dürfen Frau Kunert. Erstens, ich teile ausdrücklich auch nochmal von Kollegen Faber die Argumentation, das Zitat von Herrn Güssau „Wer die Probleme benennt, sollte dafür nicht kritisiert werden“ das teile ich auch, das ist so, aber eines habe ich hier festgestellt in der ganzen Diskussion, es stellt hier niemand in Abrede, dass hier Probleme auf uns zu kommen können, dass die woanders schon passiert sind und das ist eben die Sache, wo ich nicht verstehen kann, das kann ich einfach wirklich nicht erkennen, wo die Bürgerbefragung mehr Erkenntnis bringen könnte, als das wir hier alle in unserm Bekannten- und Freundeskreis hören, dass die Sorgen da sind, die teile ich ausdrücklich. Ich hätte mir gewünscht, das Beispiel von Gießen ist super von Herr Güssau, ne klare Kante, dass wir ne Resolution machen, dass wir sagen, wir begrüßen das nicht, das hat selbst Stahlknecht gesagt in der Besprechung als ich in der Katharine war, er hat gesagt: „Kein Ort würde sich darüber freuen, jeder hätte gesagt wir wollens hier nicht im Stadtgebiet haben.“ Das kann man nachvollziehen. Ich hätte mir gewünscht, ne Resolution oder der Versuch irgendwo da in diese Richtung als Stadtrat was zusammen zu finden und hier nicht gegeneinander los zu gehen, ich find's schade, und dann wär auch so ne Sache wenn der Stadtrat irgendwas gemacht hätte, hätte Herr Schmotz, vielleicht hätte er es auch so machen können, denn die aus Gießen hat auch keine Bürgerbefragung gemacht, die wird das bestimmt im Affekt einfach gesagt haben. Das hätte ich mir gewünscht, das ist ne klare Aussage für die Stadt, danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt genau der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Herr Schmotz: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Prüfung durch die Kommunalaufsicht. Es gibt mit diesem Antrag weder einen Anlass, noch einen Auftrag, dass zu dem Zeitpunkt von heute der Kommunalaufsicht vorzulegen. Wir brauchen die Kommunalaufsicht mal so – mal so. Bei passender Gelegenheit ist vielleicht daran wieder zu erinnern, ich meine in diesem Fall nicht. Das was Herr Schirmer zuletzt gesagt hat und bei einigen Diskussionsrednern auch anklang, ist für mich, ich mag mich täuschen, auch so 'n bisschen möglicherweise Angst vor dem Ergebnis einer Bürgerbefragung. Wenn alle so reagieren wie sie hier reagiert haben, dass der soziale Frieden auf keinen Fall gefährdet ist, dann ist das Ergebnis ja vorstellbar. Herr Glewwe hat gefragt, ob die Vorlage mit mir abgestimmt ist. Ich glaube, ich habe die Vorlage an dem Tag gesehen an dem, ich glaube das war ne Stadtratssitzung der 19.02. wenn ich mich so recht entsinne, hier vorgelegt wurde. Und nochmal die Dinge die sowohl in der Beschlussvorlage stehen von Frau Zimmermann und Herrn Dahlke angesprochen wurde. Hier geht es darum, auf Forderung gegenüber dem Land zu bestimmten Dingen die den sozialen Frieden prägen können, geltend zu machen. Herr Dahlke hat konkrete Vorschläge gebracht, inwieweit die realistisch sind lassen wir zum heutigen Zeitpunkt mal offen. Hier geht es nicht darum, gegen das Land etwas zu tun, sondern die Einrichtungen die durch Entscheidung des Landeskabinetts im Februar oder Januar 2018 hier entstehen wird, dagegen können wir uns nicht wehren, aber wir können dazu unsere Meinung sagen, wir können auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt dazu fragen und wir können dann auch dem Land sagen, wenn ihr so etwas schon her bringt, dann brauchen wir das als Unterstützung um dieser Situation auch gerecht werden zu können. Das ist nicht aus dem Handgelenk zu schütteln und wir wissen alle, wie viele Anstrengungen 2015 und 2016 ehrenamtlich und hauptamtlich unternommen wurden um den Flüchtlingsstrom, der uns in Stendal mit einer gewissen Größe auch betroffen hat, zu organisieren. Es wurde viel berichtet, viel diskutiert zu diesem Thema und da sage ich, das ist legitim, diese Geschichte auch für diese Einrichtung vorzubereiten. Herr Vorsitzender ich beantrage das Ende der Debatte.

Vorsitzender Herr Weise: Gut, gab es jetzt noch Wortmeldungen?

Vorsitzende Frau Zimmermann: Drei Wortmeldungen.

Vorsitzender Herr Weise: Herr Instenberg war glaub ich der Erste.

Vorsitzende Frau Zimmermann: Dann sind es vier.

Vorsitzender Herr Weise: Ich bitte sich kurz zu halten.

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

Herr Stadtrat Instenberg: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister.

Herr Stadtrat Instenberg: vielleicht hören Sie jetzt von mir etwas ungewöhnliches, nämlich ob das ein, ja als Lob würde ich das nicht bezeichnen, aber Herr Güssau das ist der entscheidende Punkt. Sie haben beantragt oder den Antrag so gestellt, nach dem der Landesinnenminister am 15.02.2018 in der Altmark Zeitung titelt Landesinnenminister und jetzt wörtlich zitiert: „Wichtig für sozialen Frieden – Stahlknecht verteidigt Bau der Flüchtlingsunterkunft in Stendal“ und weiter heißt es für ihn zitiert: „Neben der bestehenden in Halberstadt sei diese zweite Landeseinrichtung (Stendal) aber ein nach wie vor erforderlich auch um den sozialen Frieden zu sichern. Die Gegner bezeichnete Stahlknecht als Hasardeure.“ Das, ich zitiere aus der Zeitung – ja warten Sie doch mal ab, warten Sie, ich bin doch noch nicht fertig Herr Güssau. Das möge er mir schriftlich geben, dass er das nicht gesagt hat, ist mir egal es steht jedenfalls so und aufgrund dieser Aussage haben Sie sich persönlich getroffen gefühlt und haben den Begriff aufgenommen sozialen Frieden und Sie haben das, was der Innenminister gemeint hat in das Gegenteil hier für Stendal umgekehrt und das ist das eigentlich verwerfliche, dass Sie eigentlich einen privaten Krieg mit dem Innenminister hierauf dem Rücken der Stadt Stendal austragen. Und da kommt jetzt noch der zweite Punkt hinzu, das ist denn wirklich schon mehr als kurios. Und das haben Sie vorhin zu recht bemängelt, dass wir hier viel Geld ausgeben und jetzt sagen Sie, na klar wir schmeißen 50.000€ aus dem Fenster für die Bürgerbefragung, das muss ja alles vorbereitet werden, Personalzeit und und und. Ist doch egal, lassen Sie es 30.000€ sein, 38.000€, also dafür noch Geld auszugeben nur um den Innenminister zu beweisen, dass er mit seiner Aussage „Wichtig für den sozialen Frieden“ schief liegt, dafür die Stadt Stendal und die Bürger dazu zu befragen, das ist ja nun wirklich schön völlig bei den Haaren herbei gezogen und das ist einfach nur schade, dass ein großer Teil ihren Vorstellungen um den Innenminister zu sagen, ey du liegst ja völlig falsch, klar zu machen. Das ist wirklich voll daneben. Zweite Punkt, Herr Schmotz hat mich ein bisschen erschüttert. Wir merken das ja, dass in der Gesellschaft aufgrund von Zuzug von Flüchtlingen auch gesellschaftliches Leben verändert. Die Frage ist, wie geht man mit Veränderungen um, geht man konstruktiv damit um, versucht Lösungen herbeizuführen oder setzt man sich auf den Pfad von Rechten von AfD und hetzt einfach gegen die Anderen und glaubt damit alle Probleme lösen zu können. Das passiert eben nicht und deswegen hätte ich mir schon gewünscht Herr Schmotz, dass Sie hier konstruktiv mit der CDU mit allen anderen Fraktionen Forderungen an die Landesregierung stellen und sagen wir wollen hier vor Ort einen vor Ort Benannter, wenn Probleme auftreten, dass wir den sofort vor Ort haben, dass wir den ansprechen können, dass wir sofort mit den Regelungen herbeiführen und nicht dreimal in der Landesregierung anfragen müssen, dann vielleicht noch in der Zuständigkeit her gedreht werden, einmal Landesinnenminister, einmal Sportminister, einmal Sozialminister. Wir brauchen hier vor Ort den Ansprechpartner, dass wir so ne Forderung konstruktiv dem Land gegenüber stellen. Das hätten wir als Stadtrat hier sofort haben können ohne jetzt eine Bürgerbefragung durchzuführen, wo allen klar ist, dass das nicht konstruktiv ist. Schönen Dank.

Vorsitzender Herr Weise: Vielen Dank. Herr Stadtrat Meinecke erst. Und Frau Seidel kommt noch.

Herr Stadtrat Meinecke: Also ich hatte eigentlich nicht vor etwas zu sagen, aber Herr Oberbürgermeister ich bin echt schockiert, es wär auch schön wenn Sie das zur Kenntnis nehmen würden. Ich finde da keine Worte für, für das was Sie gerade gesagt haben, ich denke Herr Instenberg hat das auch gut zum Ausdruck gebracht, ich krieg das echt nicht in Worte gefasst. Das hätte ich von einem Oberbürgermeister der Stadt Stendal so nicht erwartet zu diesem Thema, muss ich ganz ehrlich sagen. Und zu diesem Antrag vielleicht mal ganz kurz, wenn Sie wissen wollen, Sie schreiben in Ihren Antrag rein, dass Sie über Ängste und Vorbehalte reden wollen, dann kriegen Sie es doch nicht mit diesem Antrag hin. Da kann ich doch nicht fragen hast du ne Angst. Da frag ich welche Ängste hast du, was bewegt dich, warum ist das so, wie kommst du zu diesen Ängsten. Das frage ich, das mach ich doch aber nicht in einer Bürgerbefragung, das mach ich zum Beispiel in dem Dialog den wir 2015 angefangen haben und der zumindest unseren Kenntnisstand auf Anfrage ja von Oberbürgermeister und Landrat auch nicht mehr für notwendig weiter zu führen erachtet wurden ist. Das ist der Punkt. Wir müssen wieder in diesen Bürgerdialog eintreten, wir müssen mit den Bürgern ins Gespräch kommen und sie nicht fragen hast du Angst. Wenn ich mein Kind frage hast du Angst und es sagt mir „Ja“, dann frage ich warum, das kann ich bei einer Befragung aber nicht. Das ist doch totaler Quatsch was hier abläuft. Das ist Stimmungsmache, für mich ist das nichts anderes als Stimmungsmache. Auch Meinung übrigens ja, gleich mal vorne weg und über Kommunikation, wenn wir über Kommunikation reden, dann lesen Sie vielleicht mal Friedemann Schulz von Thun – Kommunikationspsychologie, da steht drinne, wie man ins Gespräch kommt und wie man einander zu

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

hört und wie man aufeinander zu geht. Das macht man nicht, indem man eine Frage stellt und das Buch dann wieder zu klappt. Also gut das war's. Danke.

Vorsitzender Herr Weise: Ein Antrag zur Geschäftsordnung? Kann er nicht stellen.

Frau Stadträtin Seidel: Meine Damen und Herren, ich, also das ist für mich heute ne Achterbahnfahrt der Gefühle, ich hab das schon im Kreistag durch was wir hier jetzt alles gehört haben, das ist Wahnsinn. Danke zu unserem Schreiben und für die netten Worte und ich kann eigentlich auch nur wiederholen, ich bin sehr entsetzt Herr Schmotz über Ihre Worte, vor allen Dingen von Anfang an Herr Kirchbach. Es hieß wir wollen Ängste bekämpfen, wie wollen Sie das machen? Sie Herr Schmotz sagen, wir wollen Forderungen an die Landesregierung aufstellen, werden Sie mal konkret. Dann sagen Sie mal, außer Herr Dahlke, der hier richtig mit Zahlen gearbeitet hat, hab ich jetzt nichts gehört. Die Finanzierung, wie wollen Sie die Bürgerbefragung machen oder finanzieren Herr Kirchbach. Das ist das was von Anfang an hier auf meinem Zettel steht. Also generell, wenn Sie sagen, Sie sind angesprochen worden Herr Güssau von so vielen Leuten, ich bin auch angesprochen worden und zwar über den peinlichen MDR Auftritt der CDU – Fraktion. Das war, also, ich muss mich nicht immer für Sie entschuldigen, aber sind wir also Quitt sozusagen ne? So und Herr Güssau noch ein letztes - Als Sie die Landeserstaufnahme dort, ja gut aber wie gesagt ich werde auch angesprochen und kann das auch sagen – Herr Güssau Sie haben das nicht geschafft in Magdeburg sich durchzusetzen und brauchen uns jetzt, was soll das? Machen Sie Ihre Arbeit dort und erzählen nicht den Bürgern hier, wir können mehr und Herr Schmotz Sie können eine Resolution vorschreiben und Ihre konkreten Forderungen reinschreiben, ich denke jeder Stadtrat wird Sie unterstützen. Und das letzte, ich arbeite durch mein Ehrenamt sehr viel und sehr gern mit Flüchtlingen zusammen. Ich hab ein 18, 19 jährigen Sohn, da sind in der Klasse etliche Flüchtlingskinder und ich erlebe diese Menschen und es sind Menschen, es sind nicht Leute die hier irgendwelche Krankheiten hier her bringen. Ich bin begeistert gewesen und zwar auf dem Fest für Kunst und Demokratie jetzt in Schönhausen, wie toll diese Menschen miteinander umgehen und wie dankbar diese Flüchtlinge hier sind und das ist für mich eine Bereicherung diese Menschen kennenlernen zu dürfen. Vielleicht und das ist die Einladung an Sie Herr Güssau und auch natürlich an die ganze CDU – Fraktion, kommen Sie doch einfach mal zu den Veranstaltungen, wo man mit Flüchtlingen arbeitet. Es gibt einige ganz tolle Kollegen von Ihnen die sich auch für Flüchtlinge einsetzen, kann ich ne ganze Menge benennen, aber ich habe eine wirklich sehr positive Erfahrung gemacht und ich kann eigentlich nur sagen, kommen Sie und erleben Sie diese Menschen, dann reden wir nochmal.

Vorsitzender Herr Weise: Jetzt hatte sich Herr Schirmer gemeldet, willst du? Lars hattest du dich nochmal gemeldet? Ja, die hatten aber vorher gemeldet. Dann Herr Stadtrat Güssau. Bitte.

Herr Stadtrat Güssau: Sehr geehrter Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Instenberg, es ist richtig, dass Sie den Zeitungsartikel ausgeschnitten dort ausgeschnitten haben, in dem fälschlicherweise behauptet wird, dass der Innenminister Holger Stahlknecht gesagt hätte, das wären alles Hasardeure. Und auf den sozialen Frieden, das kann ich Ihnen so erklären, ich habe, so wie es meine Art ist, als es in der Altmark Zeitung stand am Vormittag, direkt mit dem Innenminister darüber gesprochen und hab ihn auf den Zeitungsartikel aufmerksam gemacht. Übrigens, ich habe kein schlechtes Verhältnis zum Innenminister Stahlknecht. Letzte Woche hab ich noch mit ihm gesprochen, persönlich und hab gesagt Holger denk dran Klaus Schmotz hat Geburtstag, ruf ihn mal an. Ja also denken Sie jetzt nicht, dass wir ein schlechtes Verhältnis haben. Mal ganz nebenbei. Herr Instenberg diese Aussage des Innenministers möchte ich hier nochmal klarstellen, war falsch und wurde nicht richtig wiedergegeben. Daraufhin hat der Innenminister Stahlknecht ein oder zwei Tage später in der Altmark Zeitung, die Kollegin ist ja anwesend, ein Interview gegeben auf einer ganzen Seite und hat diese Irritation richtig gestellt, bloß damit wir hier mal einordnen was manchmal so geschrieben wird. Ich will das Ganze klipp und klar feststellen, zwischen mir und dem Innenminister passt kein Blatt Papier.

Vorsitzender Herr Weise: Gut. Kindergarten hab ich jetzt nicht gehört Herr Stadtrat. Wir kommen zur Abstimmung und ich verlese vorher noch einmal den Beschlussvorschlag. Doch, ok, ok das hatte sich so angehört als wenn zurückgezogen wurde. Das ist jetzt die letzte Wortmeldung. Ok.

Herr Stadtrat Schirmer: Das Schlusswort war nicht mein Ziel, ich muss bloß das von Herrn Schmotz mal richtig stellen. Ja Herr Schmotz vielleicht haben Sie das nicht richtig verstanden, aber ich möchte nochmal ganz klar, ich denke das war ein Empfängerthema, aber wahrscheinlich auch ganz bewusst muss ich jetzt mal wirklich unterstellen, denn ich gehe auch noch ein bisschen weiter, es geht ja nicht um mich, ja, ich teile ausdrücklich die Sorgen die die hier auch in dem Antrag benannt sind und jetzt

Stadtratssitzung 09.04.2018  
Tagesordnungspunkt 31 - Wortprotokoll

kommt Folgendes Herr Schmotz für Sie zur Überraschung, vielleicht waren Sie ja ganze Zeit nicht anwesend, also das finde ich echt ein bisschen krass. Wir haben als Fraktion auf 14 Fragen und Forderungen an Innenminister gestellt die dort beantwortet sind und ich find's schade, dass es jetzt so dargestellt wird, als ob wir hier gegen die Sorgen sind, sondern mein Vorschlag war ein Stück anders. Es wäre aus meiner Sicht ehrlicher gewesen und klarer gewesen, wenn man keine Bürgerbefragung gemacht hätte, sondern gleich zum Stadtratsbeschluss übergegangen wäre, Sie hätten eine Legitimation, womit Sie losgehen könnten, das war mein Ansatz. Und ich würde Sie mal bitten Herr Schmotz, ich hab mir nochmal aufgeschrieben von allen Rednern, sagen Sie mir ganz konkret, selbst Frau Seidel hat ebend nochmal wiederholt, sagen Sie mir ganz konkret wer von den hier anwesenden Stadträten gegen eine solche Resolution wäre, mit den Sorgen. Sagen Sie mir die Namen, nennen Sie die! Es wäre definitiv keine Mehrheit, weil Sie haben das ebend so dargestellt. Danke.

Vorsitzender Herr Weise: Moment. Ich verlese vor der Abstimmung nochmal den Beschlussvorschlag 1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Durchführung einer Bürgerbefragung gem. §28 Abs. 3 KVG LSA und §19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal. 2. Die Fragestellung dazu lautet, sind Sie der Auffassung, dass durch die Realisierung der geplanten Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal eintreten wird? 3. Die Fragestellung hat so zu erfolgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden können. 4 Die Befragung ist im schriftlichen Verfahren innerhalb von 4 Wochen durchzuführen. 5. Das Ergebnis der Bürgerbefragung ist im Amtsblatt unverzüglich öffentlich bekannt zu machen. 6. Nach der Bürgerbefragung entscheidet der Stadtrat erneut durch Beschlüsse, wie mit dem Ergebnis der Befragung umgegangen wird. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich verlese nach Alphabet.